



Gemeinsame Erklärung zum Deutsch-Spanischen Gipfel

Europa am Scheideweg

Anlässlich des deutsch-spanischen Gipfels, der heute am 3. Februar 2011 in Madrid stattfindet, äußern die Gewerkschaften UGT, CCOO und DGB ihre tiefste Besorgnis über die wirtschaftliche, soziale und politische Lage, in der sich die Europäische Union gegenwärtig befindet.

Seit dem ersten deutsch-spanischen Gipfel 1983 hat die EU, als politisches und wirtschaftliches Projekt, verschiedene Phasen durchlebt, die allgemein vom Fortschritt gekennzeichnet waren. Heute jedoch sind die Zusammenarbeit, die Entschlossenheit und der politische Wille der europäischen Regierungen entscheidender denn je gefragt, um wirksame Lösungen für die schwerwiegenden Probleme zu finden, denen die europäischen Volkswirtschaften gegenüberstehen. Diese Probleme begannen mit der Finanz- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2007 und 2008 und mündeten - auch Dank der Spekulationen auf den Finanzmärkten - in der gegenwärtigen Schuldenkrise.

Der wirtschaftliche Aufschwung der EU-Länder wird scheitern, wenn er allein anhand von wirtschaftspolitischen Lösungen durchgeführt wird, die auf neoliberalen Haushaltskürzungen und Strukturreformen basieren. Vielmehr müssen ein nachhaltiges Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum und die Unterstützung des sozialen Zusammenhalts Europas angestrebt werden.

Die von den europäischen Institutionen geförderten Strukturreformen, Haushaltskürzungs- und Sparmaßnahmen stellen den größten und tiefgreifendsten Angriff auf die Wohlfahrtsstaaten und auf die sozialen und Arbeitnehmerrechte dar, den die europäischen Bürger seit dem 2. Weltkrieg erlebt haben.

Wir appellieren an das Verantwortungsbewusstsein der spanischen und der deutschen Regierungen: Europa befindet sich am Scheideweg. Ein Festhalten an bisherigen Maßnahmen zugunsten der Marktkräfte wird die Stabilität des Eurosystems massiv gefährden. Das würde zu ökonomischen, politischen und sozialen Verwerfungen für alle beteiligten Länder führen. Deshalb muss alles unternommen werden, um diese Gefahr zu bannen mit dem Ziel, in allen Ländern der Eurozone Wachstum zu fördern, Beschäftigung zu sichern und die Gemeinschaftswährung Euro zu stabilisieren.

Die vom Europäischen Rat im Dezember letzten Jahres beschlossene Einrichtung eines permanenten Mechanismus zur wirtschaftlichen Stabilität zeigt zwar das Engagement der EU für ihre Mitgliedstaaten und für den Euro, wird aber angesichts der Größe der Probleme die Krise in der Eurozone nicht beenden.

Es ist von höchster Wichtigkeit, dass die Agenda des Londoner G20-Gipfels für eine neue internationale Regulierung des internationalen Finanzsystems eingehalten wird.

Falls es zu keiner weltweiten Einigung kommt, sollte die EU die wichtigsten Maßnahmen einleiten.

Zu den möglichen Maßnahmen zählen das Verbot des spekulativen Handels auf den Finanzmärkten; ein Eingriff durch die Europäische Zentralbank (EZB), die die nötige Menge an Anleihen der am schwersten betroffenen Mitgliedstaaten kaufen könnte; die Schaffung von einheitlichen Eurobonds; die Gründung einer „Europäischen Bank für öffentliche Anleihen“, die europäische Anleihen (Eurobonds) bei Marktturbulenzen ankauft und damit die Staatsfinanzen sicherstellt; sowie die dringend benötigte Einrichtung einer Finanztransaktionssteuer.

Die Abschaffung von Steueroasen und die Regulierung der Gehälter und Boni der Führungskräfte der Finanzinstitutionen sind nicht nur möglich, sondern auch politisch und moralisch erforderlich.

Wir lehnen, im Einklang mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB), die aktuellen Vorschläge der Europäischen Kommission für eine EU-Wirtschaftsregierung ab. Diese basieren fast ausschließlich auf einer Verschärfung der Überwachungs- und Steuerungsmethoden der Defizite und Staatsschulden, ignorieren gleichzeitig aber alles, was mit dem Wirtschafts- und Beschäftigungswachstum zusammen hängt, und versuchen gleichzeitig, Reformen durchzusetzen, die nichts weiteres bedeuten als die Einschränkung von Rechten in Bereichen, in denen die EU keine Kompetenz hat.

Strukturreformen und Haushaltskonsolidierung alleine werden nicht zur Erholung der europäischen Volkswirtschaften führen. Im Gegenteil: dieser Irrtum ist für die Verzögerung des Aufschwungs verantwortlich, nährt die soziale Ungerechtigkeit und Ungleichheit und diskreditiert das Projekt der europäischen Integration bei den Beschäftigten. Die starke Zunahme der sozialen Ungleichheit hat außerordentlich zur aktuellen Krise beigetragen, wie es auch bei der Weltwirtschaftskrise von 1930 der Fall gewesen ist. Die soziale Ungleichheit, die als Nebenprodukt bei der Krisenbewältigung erzeugt und gefördert wird, wird der Keim künftiger Krisen werden.

Die so genannten Strukturreformen, die von den EU-Institutionen begonnen werden, verschärfen die sozialen Ungleichheiten in Europa und bürden die Kosten der Krise vorrangig den Arbeitnehmern auf. Diese Reformen beeinflussen fundamentale Konzepte wie Rente und soziale Sicherung, den Arbeitsmarkt und die Tarifverhandlungen. Insbesondere möchten wir unsere entschlossene Ablehnung von Rentenreformen bekräftigen, die Altersarmut befördern, zu Rentenkürzungen führen und die Leistungsfähigkeit der staatlichen Rentensysteme untergraben. Wir lehnen zudem Vorschläge ab, die darauf abzielen, die Tarifautonomie zu schwächen und in Tarifverhandlungen eingreifen. Zusammen mit den Haushaltskürzungsprogrammen sind diese Reformen, die auf den Abbau der sozialen Rechte und auf die Senkung der Lohnkosten und Sozialabgaben abzielen, die klare Bestätigung dafür, dass die europäischen Politiker es darauf abgesehen haben, die gesamten Kosten der Krise von den Arbeitnehmern und Rentnern tragen zu lassen.

Die drei Gewerkschaftsbünde betonen die Notwendigkeit, dass die Sozialpartner bei allen Reformen mit einbezogen werden müssen. In diesem Sinne werden die unlängst in Spanien gefundenen Kompromisse über Rentenreformen und zur Tarifautonomie positiv bewertet.

Zu behaupten, dass die europäischen Länder ihre Wettbewerbsfähigkeit in der globalen Wirtschaft erhöhen, indem sie die Arbeitskosten und die Sozialausgaben senken, anstatt auf die Faktoren zu setzen, die die Grundlage der wissensbasierten Gesellschaft bilden, ist ein schwerer Fehler. Es ist ein wirtschaftlicher Fehler und auch ein politischer Fehler: Armutslöhne waren noch nie ein stabiles Fundament für Innovation, Wachstum und qualitativ hochwertige Beschäftigung. Diese Politik schadet der Europäischen Einigung gewaltig.

Die Urteile des Europäischen Gerichtshofes in den Fällen Viking, Laval, Ruffert und Luxemburg, die Sozial- und Lohndumping in der EU befördern, haben gezeigt, dass das Europarecht einen Mechanismus benötigt, um den Vorrang der sozialen Fragen zu gewährleisten. Wir fordern - zusammen mit dem EGB - im Rahmen der anstehenden Vertragänderungen die Einführung einer Sozialen Fortschrittsklausel, die derartiges Vorgehen verhindert und den Vorrang der sozialen Grundrechte festlegt.

Wir sind ebenfalls um die Zukunft der Richtlinien über konzerninterne Entsendung und Saisonarbeit besorgt, die zur Zeit im Rat und im EP behandelt werden. Wir halten es für außerordentlich wichtig, dass sie auf den Prinzipien der Gleichbehandlung (gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort) basieren und dass sie nicht eine weitere Aufspaltung des Arbeitsmarktes bewirken.

Der DGB, CCOO und UGT möchten des Weiteren betonen, dass wir die Ansicht prominenter Analytiker teilen: Europa ist dabei, seine ursprünglichen Werte und seine Seele zu verlieren. Nicht nur die Werte der sozialen Marktwirtschaft werden heutzutage in Frage gestellt, selbst die Verteidigung der Freiheit, der Demokratie und der Menschenrechte wird stark vernachlässigt. Ein Beispiel dafür ist das Verhalten, das wir bei der europäischen Diplomatie gegenüber der demokratischen Revolution in Tunesien beobachten konnten. Bis zur letzten Minute stand sie, explizit oder de facto, unerträglich still und tatenlos hinter dem Diktator Ben Ali.

Angesichts dieser von uns kritisch betrachteten Situation bekräftigen wir unsere Überzeugung von der Bedeutung des vom sozialen Modell untrennbaren europäischen Integrationsprojektes. Der DGB, CCOO und UGT, im Einklang mit der Führung des Europäischen Gewerkschaftsbundes, halten es für dringend notwendig, einen großen, europäischen, politischen und gesellschaftlichen Pakt zu schließen. Dieser würde sich einerseits mit der dringenden Lösung der Schuldenkrise auseinandersetzen, aber auch einen Sanierungsplan der europäischen Volkswirtschaften gestalten, der auf Investitionen in die Verkehrs- und Energieinfrastruktur setzt, auf die Erweiterung der Kommunikationsnetzwerke, der Fort- und Ausbildung, und auf einen gerechten Übergang zu einer grünen Wirtschaft. Wir fordern, dass der außerordentliche Gipfel der Regierungschefs zum Thema Energie und Innovation, der morgen in Brüssel stattfindet, und der Frühjahrsgipfel des Europäischen Rates diesen Überlegungen ihre Anstrengungen widmen.

Madrid, 3. Februar 2011